

Frühjahrsprognose 2008

Weiterhin gute Aussichten für Deutschland

Christian Dreger
cdreger@diw.de

Stefan Kooths

Joachim Volz

Florian Zinsmeister

Trotz der etwas langsameren Gangart der weltwirtschaftlichen Konjunktur bleiben die Aussichten für die deutsche Konjunktur positiv. Allerdings haben die Risiken im Vergleich zum Winter zugenommen. So dürfte die Hypothekenkrise in den USA das dortige Wachstum noch auf längere Sicht empfindlich dämpfen. Trotz der Euro-Aufwertung sind die Lebenshaltungskosten nochmals deutlich angestiegen. Dies verringert den Kaufkraftzuwachs der Verbraucher, so dass sich die Chancen für eine nachhaltige Belebung des privaten Konsums zuletzt eingetrübt haben. Daher reduziert das DIW Berlin seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr geringfügig auf 2,0 Prozent. Für 2009 wird ein Wachstum von 1,6 Prozent prognostiziert. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird insbesondere in der ersten Jahreshälfte noch deutlich über der 2-Prozent-Marke liegen. Er sollte sich jedoch im weiteren Verlauf allmählich wieder zurückbilden. Im Mittel ist für 2008 eine Preissteigerung von rund 2,5 Prozent zu erwarten. Im kommenden Jahr wird der Preisauftrieb mit 1,8 Prozent wieder moderat ausfallen.

Leichte Dämpfung der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Die Turbulenzen im Zuge der Finanzkrise haben die Konsumdynamik in den USA verlangsamt und das Wachstum erheblich gedämpft. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, und die Zuversicht in die weitere wirtschaftliche Entwicklung hat sich verschlechtert. Daher werden die Beschäftigungsaussichten zunehmend pessimistischer beurteilt. Das Konsumentenvertrauen liegt aktuell auf einem 15-Jahres-Tief. Die Inflation ist wegen der höheren Energiepreise und der Abwertung des US-Dollars deutlich gestiegen. Die Wirtschaftspolitik kann die Wachstumseinbußen kurzfristig kaum kompensieren. Die Fiskalpolitik sieht sich erheblichen Mitnahmeeffekten ausgesetzt und für die Geldpolitik verschärft sich der Zielkonflikt zwischen Inflationseindämmung und Konjunkturstimulierung. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts der USA dürfte 2008 nur noch bei 1,4 Prozent liegen; im nächsten Jahr werden es immerhin schon wieder 2,2 Prozent sein. Dahinter steht die Erwartung, dass die Bereinigungsprozesse im Finanzsektor bis zum Sommer weitgehend abgeschlossen sind (Tabelle 1).

Die konjunkturelle Schwäche drosselt zwar die amerikanische Importnachfrage und hemmt die Dynamik der Weltwirtschaft. Dies sollte jedoch nicht überbewertet werden, da die Bedeutung der USA für den Welthandel im Trend rückläufig ist. Die Wachstumsdynamik im Euroraum und in Asien ist insgesamt noch intakt, auch wenn für Länder mit schwacher Binnenkonjunktur wie Japan die Abhängigkeit von den USA zum Problem wird. Die Zentren der Weltwirtschaft dürften sich daher im Prognosezeitraum unterschiedlich entwickeln. Dadurch werden die globalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen allmählich abgebaut, so dass diese Entwicklung auch positive Nebeneffekte hat.

Fünf Fragen an Christian Dreger

Gefährdet die schwächelnde Weltwirtschaft den deutschen Konjunkturaufschwung?

Herr Dreger, seit dem 1. April 2008 sind Sie Leiter der Konjunkturabteilung des DIW Berlin, als Nachfolger von Alfred Steinherr.

Die Weltwirtschaft hat derzeit mit einigen Problemen zu kämpfen. Wie wirkt sich das auf die Konjunktur in Deutschland aus?

Wir erwarten für die Konjunktur in Deutschland einen leichten Dämpfer. Der rührt von der Finanzkrise in den USA her, die die dortige Entwicklung dämpft, insbesondere beim Konsum. Dies führt zu einer schwächeren Entwicklung in der Weltwirtschaft, die wiederum die Exportnachfrage dämpft. Außerdem sind natürlich Ansteckungseffekte im Rahmen der Finanzkrise zu bedenken. Wir haben an den Aktienmärkten ja bereits erhebliche Vermögensverluste gesehen; es ist auch die Frage, inwieweit weitere Banken in die Finanzkrise involviert werden.

Welche Bedeutung hat die konjunkturelle Schwäche der USA für den deutschen Außenhandel?

Die konjunkturelle Schwäche in den USA schwächt die weltwirtschaftliche Entwicklung. Damit expandiert die weltwirtschaftliche Nachfrage nicht mehr in dem Tempo wie bisher. Allerdings ist auch die Bedeutung der USA für die Weltwirtschaft in den letzten Jahren zurückgegangen.

Zu diesem Nachfragerückgang hinzu kommt die Stärke des Euro beziehungsweise die Schwäche des US-Dollars. Das ist ein zweiter Hemmschuh für die Entwicklung der Exporte.

Die Aufwertung des Euro erhöht den Kostendruck auf Unternehmen. Wie sollte sich die Europäische Zentralbank verhalten?

Die Europäische Zentralbank steht im Moment, wie andere Zentralbanken auch, in einem Zielkonflikt. Zum einen hat man das Ziel der Preisniveau-Stabilität zu verfolgen. Wir haben eine Inflationsrate in der Eurozone, die über der Zielvorstellung der Europäischen Zentralbank liegt. Auf der anderen Seite haben wir den schwächelnden US-Dollar, der Exporte aus dem Euroraum tendenziell behindert.

Die Europäische Zentralbank könnte nun bei-

spielsweise mit Zinssenkungen den Abwärtstrend des US-Dollars kurzfristig stoppen. Andererseits würde damit noch einmal die Inflation gefördert. Im Moment wartet die Zentralbank ab. Ich denke, dass die Zentralbank eher dazu tendieren wird, die Zinsen zu erhöhen, um die Inflation unter Kontrolle zu halten – das ist für Europa auch nachvollziehbar, weil die Eurozone nach wie vor im konjunkturellen Aufschwung steht.

Besteht die Gefahr, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stagniert?

Wir haben in Deutschland derzeit immer noch einen klaren Aufschwung auf der Rechnung. Natürlich gibt es Rückgänge in den Exportaktivitäten bezüglich der USA. Die Schwäche der Weltwirtschaft wird aber kompensiert durch die nach wie vor sehr starke Dynamik in den Schwellenländern, also beispielsweise China und Indien. Das wirkt dem entgegen. Noch einmal: Man muss auch bedenken, dass die Bedeutung der USA für die Weltwirtschaft in den letzten

Jahren abgenommen hat und dass 75 Prozent der deutschen Exporte in Euro abgerechnet werden.

Welche Maßnahmen könnten die deutsche Binnenkonjunktur stützen?

Die entscheidende Frage wird sein, wie es mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen weitergeht. Davon ist abhängig, welcher langfristige Wachstumstrend erreicht werden kann. Wir haben die Konsolidierung der Staatsfinanzen derzeit noch nicht erreicht. Wir hatten zwar 2007 ein ausgeglichenes Budget, für 2008 dürften aber wieder Defizite ins Haus stehen. Die Konsolidierungsanstrengungen müssen deshalb fortgesetzt werden, tendenziell durch Subventionsabbau. Sofern man sich nicht einigen kann, welche Subventionen das sein sollten, würden wir die Rasenmähermethode empfehlen und die Subventionen generell um einen bestimmten Prozentsatz kürzen.



PD Dr. Christian Dreger,
Leiter der
Konjunkturabteilung
am DIW Berlin

» Keine Stagnation «
in Deutschland.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte (BIP) in Prozent	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
		2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
EU-27	36,1	3,1	2,9	1,8	2,0	2,1	2,2	2,6	2,0	8,2	7,3	7,0	6,9
<i>Darunter:</i> Euroraum	26,3	2,9	2,6	1,6	1,9	2,0	2,1	2,4	1,9	8,6	7,6	7,3	7,1
Außereuropäische Industrieländer													
USA	32,7	2,9	2,2	1,4	2,2	3,2	2,9	2,5	1,6	4,6	4,6	5,3	5,6
Japan	10,8	2,4	2,1	1,5	1,6	0,2	0,1	0,6	0,9	4,1	3,8	3,9	4,1
Kanada	3,2	2,8	2,6	2,2	2,4	2,0	2,2	1,9	2,1	6,3	6,0	6,1	6,2
Ausgewählte Industrieländer¹	82,7	2,9	2,5	1,6	2,0	2,3	2,2	2,3	1,7	6,4	5,9	6,0	6,1
Russland	2,4	7,4	8,1	7,0	6,4	9,7	9,0	12,1	9,6	7,1	6,1	6,0	5,8
China und Hongkong	7,0	10,8	11,0	9,6	8,7	1,5	4,6	5,8	2,9	–	–	–	–
Indien	2,3	9,7	8,5	8,0	8,4	5,8	6,4	5,4	5,5	9,9	9,6	9,5	9,3
Ostasien ohne China ²	5,5	5,3	5,6	5,1	5,5	4,2	3,0	3,7	3,1	–	–	–	–
Insgesamt³	100,0	3,9	3,5	2,6	3,0	2,6	2,7	2,9	2,2	–	–	–	–

1 Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2006.

2 Gewichteter Durchschnitt aus Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen in US-Dollar.

3 Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar.

Quellen: Global Insight und Berechnungen des DIW Berlin. 2007 bis 2009: Prognose von Global Insight.

DIW Berlin 2008

Die US-Konjunktur könnte sich auch über die Finanzmärkte auf andere Länder auswirken. Dabei sind Angebots- und nachfrageseitige Effekte zu unterscheiden. Die Aktienmärkte haben wegen ungünstigerer Wachstumsperspektiven weltweit nachgegeben. Zu einer merklichen Dämpfung der realwirtschaftlichen Nachfrage dürfte es in den meisten Ländern des Euroraums indes nicht kommen. Insbesondere in Deutschland wird der Konsum nur wenig vom Vermögen bestimmt. Auf der Angebotsseite haben zwar einzelne Banken durch Fehlspekulationen im US-Immobilienmarkt ernste Verluste erlitten. Dennoch ist eine Verknappung des Kreditangebots an die Realwirtschaft bislang nicht zu beobachten und auch im Prognosezeitraum nicht zu erwarten.

Solides Wachstum in Deutschland

Die Entwicklung in Deutschland wird im Prognosezeitraum vor allem vom Verlauf der Binnenkonjunktur bestimmt. Anders als in der bisherigen Aufschwungphase sind vom Außenhandel keine weiteren positiven Impulse mehr zu erwarten. Maßgeblich dafür sind die leicht schwächere Weltkonjunktur und die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die die deutschen Exporte deutlich verteuert oder die Gewinnmargen schmälert. Die Anbieter aus dem Dollarraum dürften weltweit Marktanteile hinzugewinnen (Kasten).

Ein deutlicher Einbruch der Exportkonjunktur ist indes nicht zu erwarten. So haben die Ausfuhren in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis zuletzt noch stark expandiert. In diese Länder werden rund drei Viertel der deutschen

Annahmen der Prognose

Die wichtigsten Annahmen der vorliegenden Prognose bis Ende 2009 lauten:

- Die EZB belässt den Leitzins unverändert auf dem derzeitigen Niveau von 4 Prozent.
- Der Ölpreis (Nordsee Brent) bewegt sich im laufenden Jahr um 95 US-Dollar/Barrel, im Folgejahr um 90 US-Dollar/Barrel.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt bei 1,55 US-Dollar/Euro.
- Der Welthandel expandiert im laufenden Jahr um 6,5 Prozent, im nächsten um 6 Prozent.
- Die Tariflöhne (Effektivlöhne) steigen in diesem Jahr um 2,4 Prozent (2,5 Prozent), im nächsten um 2,0 Prozent (2,2 Prozent).

Exporte geliefert. Dagegen hat sich die Ausfuhr in Drittstaaten, insbesondere in die USA und nach Japan, stark unterdurchschnittlich entwickelt. Das deutsche Exportportfolio bleibt wegen des hohen Anteils an Investitionsgütern relativ günstig. Für diese Produkte ist der Wettbewerb über den Preis weniger von Bedeutung. Auch sind die Unternehmen infolge der mehrjährigen Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer preislich wettbewerbsfähiger geworden. All dies bedeutet jedoch nicht, dass die Wechselkursentwicklung zu vernachlässigen wäre. Aufwertungen des Euro erhöhen den Kostendruck bei den Unternehmen und schränken den Spielraum für künftige Lohn erhöhungen ein. Die Europäische Zentralbank sollte daher gegensteuern, wenn ein weiterer Aufwertungsdruck für den Euro entsteht. Dies wäre auch aus der Sicht anderer Länder des Euroraums geboten, deren Exportstruktur relativ ungünstig ist.

Für die Binnenkonjunktur ist im Prognosezeitraum die Dynamik des privaten Verbrauchs, die ihrerseits von der Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung bestimmt wird, entscheidend. Im vergangenen Jahr ist die Erholung des Konsums durch die Anhebung der Mehrwertsteuer zunächst unterbrochen worden. Darüber hinaus haben die Preissteigerungen im Lebensmittel- und Energiebereich die reale Kaufkraft der Arbeitnehmer reduziert (siehe Abschnitt „Preisentwicklung“). Im weiteren Verlauf dürften sich jedoch die

expansiven Kräfte allmählich durchsetzen, zumal die Sonderfaktoren, die die Inflation angetrieben haben, an Bedeutung verlieren (Tabelle 2).

Bei der Lohnpolitik sollte auch künftig darauf geachtet werden, dass keine Zweitrundeneffekte durch Lohn-Preis-Spiralen entstehen. Insofern dürfen exogene Preisschocks nicht in die Lohnabschlüsse eingehen. Hierzu zählen insbesondere die Anhebung der Mehrwertsteuer sowie die Energie- und Lebensmittelverteuerungen, sofern diese importbedingt sind. Gleichwohl gibt der Verteilungsspielraum durchschnittliche Lohnsteigerungen deutlich oberhalb der Inflationsrate her. In den letzten Jahren mussten die Arbeitnehmer meist Reallohnabschläge verkraften. Bei den Lohnabschlüssen sind allerdings auch die individuellen betrieblichen Situationen zu berücksichtigen. Der weitere Beschäftigungsaufbau, aber auch die hier unterstellten – immer noch maßvollen – Reallohnzuwächse tragen dazu bei, dass die Lohnquote nicht weiter zurückgeht.

Preisentwicklung: Inflation trifft alle Einkommensgruppen gleich

Im Jahr 2007 stieg der Index der Verbraucherpreise mit einer Rate von 2,3 Prozent. Dies war die höchste Zunahme seit fast 15 Jahren. Ende 2007 wurden sogar Preissteigerungsraten von über drei Prozent beobachtet. Dieser Preisauftrieb schwächt

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	0,8	2,9	2,5	2,0	1,6
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	38 883	38 846	39 089	39 737	39 956	40 042
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	4 168	4 573	4 250	3 608	3 561	3 613
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 387	4 861	4 487	3 776	3 469	3 525
Erwerbslosenquote ² , ILO (in %)	9,7	10,6	9,8	8,3	8,2	8,3
Arbeitslosenquote ² , BA (in %)	10,3	11,4	10,6	8,7	8,0	8,1
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,7	1,6	1,6	2,3	2,6	1,8
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,4	-0,7	-1,1	0,5	0,4	0,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵ In Milliarden Euro	-83,6	-75,6	-37,3	0,2	-3,6	3,4
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,8	-3,4	-1,6	0,0	-0,1	0,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	4,3	4,6	5,0	6,7	7,3	7,1

¹ In Preisen des Vorjahres.

² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

³ Verbraucherpreisindex.

⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
Berechnungen des DIW Berlin, 2007 bis 2009: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und dämpft so die Binnennachfrage, insbesondere dann, wenn davon Haushalte mit hoher Konsumquote stark betroffen sind.

Haupttreiber der Inflation war im vergangenen Jahr die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Hinzu kam ab der zweiten Jahreshälfte der ruckartige Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise. Darüber hinaus haben sich zwar auch die Preise für Bildungsleistungen durch die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern erhöht, dies hatte jedoch angesichts des geringen Gewichts im Warenkorb kaum Auswirkungen auf die Teuerung.

Die Teuerung dürfte sich im Prognosezeitraum tendenziell wieder verlangsamen. Die Überwälzung der höheren Mehrwertsteuer schlägt sich ab 2008 kaum noch in der Inflationsrate nieder. Die Ölpreise, die wesentlich die Energiepreisentwicklung bestimmen, dürften aufgrund der etwas schwächeren Weltkonjunktur leicht nachgeben. Außerdem trägt der starke Euro zur Preisstabilität bei. Schließlich dürften sich die preistreibenden Kräfte auch im Lebensmittelsektor allmählich beruhigen. Zwar wird sich der Trend zur Nutzung von Anbauflächen für die Energieerzeugung fortsetzen, und die Weltnachfrage nach Getreide- und Milchprodukten wird sich weiterhin dynamisch entwickeln. Der Preissprung im vergangenen Jahr aber wurde im Wesentlichen durch die lange Zeit sehr niedrige Inflationsrate im Lebensmittelbereich ausgelöst und durch singuläre Ereignisse wie Missernten in einigen Weltregionen begünstigt. Eine solche Entwicklung dürfte sich im Jahr 2008 nicht wiederholen.

Unklar bleibt jedoch, wie stark der Rückgang der Inflation ausfallen und sich über den Prognosezeitraum verteilen wird. Die höhere Inflation kann sich beispielsweise noch eine Zeitlang fortsetzen, wenn der Handel aufgrund des schleppenden Konsums die höhere Mehrwertsteuer 2007 noch nicht vollständig überwältzt hat. Im Lebensmit-

telbereich ziehen die gestiegenen Getreidepreise steigende Futtermittel- und Fleischpreise nach sich. Und die Gasversorgungsunternehmen passen ihre Preise erst mit einiger Verzögerung an das höhere Niveau der Ölpreise an.

Die Teuerungsrate hängt jedoch nicht nur davon ab, wie stark sich die einzelnen Preisindizes verändern. Auch das Gewicht, das den Preisen einzelner Güter innerhalb des Verbraucherpreisindex zukommt, ist entscheidend. Als Gewichte für die Ermittlung des Verbraucherpreisindex werden die Ausgabenanteile eines durchschnittlichen Konsumenten verwendet. Beispielsweise entfallen im Mittel gut 30 Prozent der Konsumausgaben auf Güter der Kategorie Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Die von der amtlichen Statistik berichtete Teuerung lässt sich allerdings nicht ohne Weiteres auf die individuelle Situation übertragen, wenn der Haushalt ein abweichendes Konsumverhalten hat. Man könnte daher vermuten, dass die einzelnen Typen privater Haushalte von der Inflation nicht gleichmäßig betroffen sind, da sich ihre Ausgabenanteile unterscheiden (Tabelle 3). So geben Niedrigeinkommensbezieher im Mittel einen höheren Anteil ihres Budgets für Lebensmittel und Wohnung aus.

Um die jeweiligen Effekte transparent zu machen, hat das DIW Berlin ein Inflationsmodell entwickelt, das die Teuerung auf der Ebene der Güterkategorien vorhersagt, aus denen der Warenkorb des Verbraucherpreisindex besteht. Durch Verknüpfung der prognostizierten Preisentwicklung der Güterkategorien mit den einkommensabhängigen Ausgabenanteilen kann die Inflation für Haushaltstypen vorhergesagt werden. Im Einzelnen werden hierzu die Preise von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, Bekleidung und Schuhen, Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, Innenausstattung und Haushaltsgeräten, Gesundheitspflege, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Bildung, Beherbergungs- und Gaststättengewerbe und anderen Waren und Dienstleistungen ökonomisch geschätzt.

Tabelle 3 stellt die Gewichtung für die drei quantitativ wichtigsten Güterkategorien nach Haushaltstypen dar. Diese sind durch ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen definiert. Während das Gewicht von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren bei den Niedrigeinkommensbezieher mit einem Budget von bis zu 900 Euro bei 17,4 Prozent liegt, geben die Haushalte mit einem Einkommen über 5 000 Euro 11,4 Prozent für diese Güter aus. Bei einem Anstieg der Lebensmittelpreise sind die Bezieher niedriger Einkommen daher relativ stärker betroffen, auch wenn man

Tabelle 3

Ausgabenanteile nach Haushaltstypen

In Prozent

	Lebensmittel	Wohnung	Verkehr
Niedrige Einkommen ¹	17,42	41,08	8,29
Hohe Einkommen ²	11,37	28,87	16,02
Gütergewicht im Verbraucherpreisindex ³	14,25	30,80	13,19

¹ Haushaltsnettoeinkommen bis zu 900 Euro.

² Haushaltsnettoeinkommen über 5 000 Euro.

³ Das Gütergewicht im VPI leitet sich aus den Ausgabenanteilen eines Durchschnittshaushalts ab.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

in Rechnung stellt, dass Besserverdienende eher teurere Lebensmittel kaufen. Eine analoge Beobachtung ergibt sich für die Kategorie Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, während sich bei Verkehrsausgaben ein umgekehrtes Bild zeigt. Darin kommt auch ein unterschiedliches Mobilitätsverhalten zum Ausdruck.

Die prognostizierte Inflationsentwicklung für diese drei Ausgabenkategorien wird in Tabelle 4 ausgewiesen. Dabei zeigt sich eine relativ starke Persistenz der Preisentwicklung in den meisten Ausgabenkategorien. Hiernach dürften sich die hohen Preissteigerungen im Lebensmittelbereich noch fortsetzen. Auch die Teuerung der wohnungsbezogenen Ausgaben dürfte im laufenden Jahr auf einem hohen Niveau bleiben. Dagegen dürfte die Inflationsrate für Verkehrsausgaben tendenziell abnehmen. Die höheren Ölpreise sind anscheinend vergleichsweise rasch, nämlich in Form steigender Benzinpreise, weitergegeben worden.

Auf dieser Basis lassen sich schließlich haushaltsindividuelle Inflationsraten prognostizieren. Nach dem Ergebnis der Modellrechnungen dürfte sich der Abbau der Inflation bei allen drei Indizes eher zäh gestalten. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte bleiben die Steigerungen des Verbraucherpreisindex noch hoch, so dass in der Jahresrate kein Rückgang erkennbar ist. Erst 2009 dürfte die Inflation im Schnitt wieder unter der 2-Prozent-Marke liegen. Wenn auch die Haushalte mit niedrigen Einkommen im laufenden Jahr etwas stärker von der Teuerung betroffen sind, sind die Inflationsdifferenzen zwischen den Einkommensklassen insgesamt vernachlässigbar gering. Vor diesem Hintergrund sind Forderungen nach einer außerplanmäßigen

Tabelle 4

Inflationsentwicklung

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2007	2008	2009
Güterkategorien			
Lebensmittel	3,6	5,4	1,9
Wohnung	1,9	3,0	2,1
Verkehr	3,7	2,6	2,1
Haushaltstypen			
Niedrige Einkommen ¹	2,2	2,8	1,8
Hohe Einkommen ²	2,3	2,6	1,9
Verbraucherpreisindex	2,3	2,6	1,8

¹ Haushaltsnettoeinkommen bis zu 900 Euro.

² Haushaltsnettoeinkommen über 5 000 Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Anpassung von Sozialleistungssätzen nur schwer zu begründen.

Fazit

Da die Aussichten für Deutschland im Großen und Ganzen weiterhin günstig sind, besteht für öffentliche Konjunkturprogramme derzeit kein Bedarf. Die Fiskalpolitik sollte sich auf das Ziel der Konsolidierung der Staatsfinanzen konzentrieren, die über den Konjunkturzyklus hinweg noch nicht erreicht ist. Dies würde die Planungssicherheit von Haushalten und Unternehmen nachhaltig verbessern und längerfristig zu einer Stärkung der Wachstumsperspektiven führen. Eine Finanzpolitik nach Kassenlage, die sich derzeit mit der Aussetzung des Riester-Faktors in der gesetzlichen Rentenversicherung abzeichnet, wird dagegen einer stabilitätsorientierten Haushalts- und Sozialpolitik nicht gerecht.

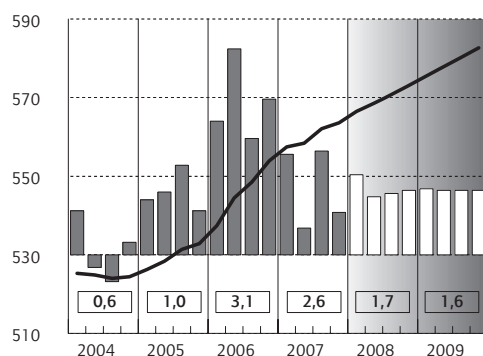
JEL Classification:
E32, E66, F01

Keywords:
Economic outlook,
Business cycle forecasts,
Consumption,
Foreign trade

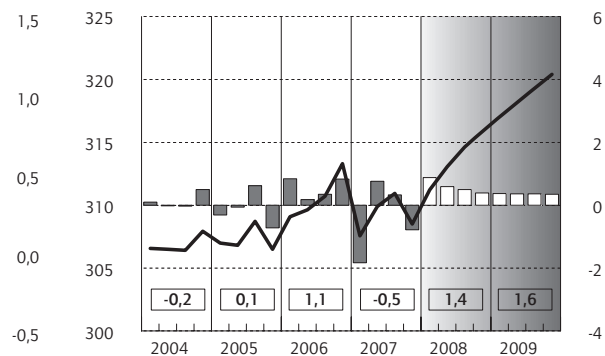
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

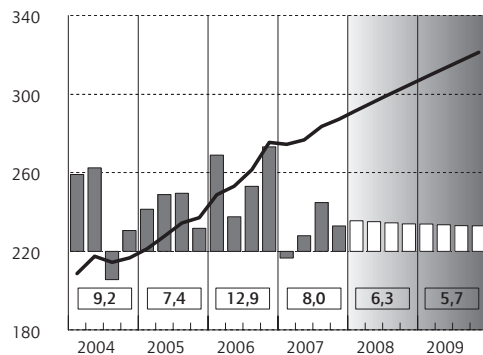
Bruttoinlandsprodukt



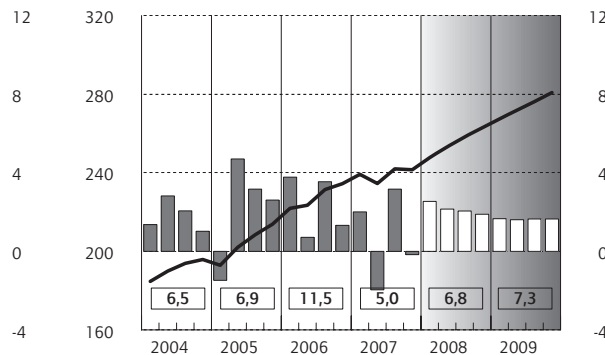
Konsumausgaben der privaten Haushalte



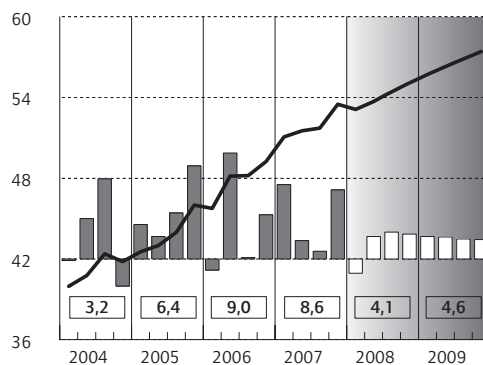
Exporte



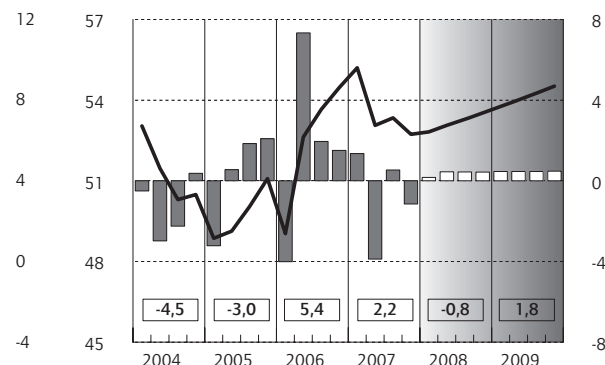
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)

■ Annualisierte Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)

■ Kalenderbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	0,6	1,7	0,6	0,2	1,8	1,5	0,7	0,4	0,2	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,6	0,7	-1,2	0,0	0,7	0,7	-1,0	-1,5	1,4	-1,4
Arbeitstage	-0,8	-0,6	1,1	0,0	-0,5	-0,8	0,8	1,4	-1,9	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	1,7	0,4	0,2	2,0	1,4	0,5	0,2	-0,3	0,6
Produktivität ¹	2,4	1,0	1,3	1,4	0,8	1,3	1,5	1,0	1,3	1,5
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	2,0	1,6	3,0	2,0	2,0	2,0	1,0	2,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1 783,4	1 810,4	1 871,5	1 926,9	879,5	930,9	907,8	963,7	933,3	993,6
Private Haushalte ²	1 357,5	1 374,4	1 425,9	1 471,5	669,4	705,0	693,1	732,8	713,9	757,6
Staat	425,9	436,1	445,6	455,3	210,1	225,9	214,7	230,9	219,4	236,0
Anlageinvestitionen	417,1	449,6	463,4	476,8	214,0	235,5	219,7	243,7	223,0	253,8
Ausrüstungen	173,7	186,5	193,7	201,7	88,8	97,7	92,0	101,7	94,6	107,1
Bauten	217,2	235,9	241,7	246,7	112,4	123,6	114,1	127,6	114,8	132,0
Sonstige Anlageinvestitionen	26,3	27,1	27,9	28,3	12,9	14,2	13,6	14,4	13,7	14,6
Vorratsveränderung ³	-4,7	-7,1	-7,7	-4,1	5,6	-12,6	1,7	-9,4	3,4	-7,5
Inländische Verwendung	2 195,8	2 253,0	2 327,2	2 399,5	1 099,1	1 153,8	1 129,2	1 198,0	1 159,7	1 239,8
Außenbeitrag	126,4	166,6	174,6	162,9	83,9	82,6	98,9	75,7	90,9	72,0
Exporte	1 046,5	1 133,0	1 208,1	1 275,9	554,0	579,1	592,3	615,8	621,4	654,5
Importe	920,1	962,2	1 033,5	1 113,0	468,8	493,4	493,3	540,1	530,5	582,5
Bruttoinlandsprodukt	2 322,2	2 423,8	2 501,8	2 562,4	1 184,3	1 239,5	1 228,2	1 273,7	1 250,6	1 311,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,0	1,5	3,4	3,0	1,6	1,5	3,2	3,5	2,8	3,1
Private Haushalte ²	2,3	1,2	3,7	3,2	1,3	1,2	3,5	3,9	3,0	3,4
Staat	1,0	2,4	2,2	2,2	2,4	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2
Anlageinvestitionen	6,7	7,8	3,1	2,9	10,6	5,3	2,7	3,5	1,5	4,1
Ausrüstungen	7,1	7,4	3,9	4,1	8,1	6,8	3,6	4,1	2,7	5,4
Bauten	6,8	8,6	2,5	2,1	13,8	4,3	1,6	3,3	0,6	3,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	3,3	3,1	1,4	2,7	3,8	5,1	1,2	1,1	1,7
Inländische Verwendung	3,0	2,6	3,3	3,1	2,8	2,5	2,7	3,8	2,7	3,5
Exporte	14,0	8,3	6,6	5,6	10,2	6,5	6,9	6,4	4,9	6,3
Importe	14,3	4,6	7,4	7,7	6,0	3,3	5,2	9,5	7,5	7,8
Bruttoinlandsprodukt	3,5	4,4	3,2	2,4	4,8	4,0	3,7	2,8	1,8	3,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro										
Konsumausgaben	1 642,9	1 645,4	1 671,7	1 697,2	806,0	839,4	816,5	855,2	827,5	869,7
Private Haushalte ²	1 242,1	1 236,5	1 257,0	1 275,6	605,1	631,4	612,9	644,1	620,6	655,0
Staat	400,7	409,1	414,8	421,7	201,0	208,1	203,7	211,1	207,0	214,7
Anlageinvestitionen	427,2	448,6	461,7	475,2	213,4	235,2	218,6	243,1	222,2	253,0
Ausrüstungen	191,2	206,8	216,9	227,0	97,9	109,0	102,6	114,3	106,3	120,7
Bauten	207,8	212,5	213,9	216,4	101,8	110,7	101,3	112,6	100,9	115,5
Sonstige Anlageinvestitionen	30,1	32,1	35,1	37,2	15,0	17,1	16,7	18,4	17,8	19,5
Inländische Verwendung	2 054,4	2 073,8	2 112,0	2 153,4	1 020,2	1 053,6	1 032,1	1 079,9	1 048,4	1 105,0
Exporte	1 038,5	1 119,1	1 194,4	1 262,1	547,6	571,5	585,6	608,8	614,9	647,1
Importe	910,9	954,9	1 023,5	1 097,3	464,6	490,3	491,4	532,1	526,2	571,1
Bruttoinlandsprodukt	2 183,0	2 237,1	2 282,0	2 318,0	1 102,6	1 134,5	1 125,1	1 156,9	1 136,4	1 181,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,9	0,2	1,6	1,5	0,4	-0,1	1,3	1,9	1,3	1,7
Private Haushalte ²	1,0	-0,4	1,7	1,5	-0,2	-0,7	1,3	2,0	1,3	1,7
Staat	0,9	2,1	1,4	1,7	2,2	2,0	1,4	1,4	1,6	1,7
Anlageinvestitionen	6,1	5,0	2,9	2,9	7,4	2,9	2,4	3,4	1,7	4,1
Ausrüstungen	8,3	8,2	4,9	4,7	9,0	7,5	4,8	4,9	3,6	5,6
Bauten	4,3	2,3	0,7	1,2	6,4	-1,3	-0,5	1,8	-0,4	2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	6,7	6,6	9,4	6,1	5,3	7,8	11,9	7,2	6,1	6,0
Inländische Verwendung	1,9	0,9	1,8	2,0	1,2	0,7	1,2	2,5	1,6	2,3
Exporte	12,5	7,8	6,7	5,7	9,6	6,1	6,9	6,5	5,0	6,3
Importe	11,2	4,8	7,2	7,2	6,2	3,6	5,8	8,5	7,1	7,3
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	2,0	1,6	3,0	2,0	2,0	2,0	1,0	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)										
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,4	1,7	2,1	1,7	1,5	1,9	2,2	1,9	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,3	0,8	0,5	0,1	0,4	0,8	0,7	0,6	0,5
Anlageinvestitionen	0,6	2,6	0,1	0,0	3,0	2,3	0,2	0,1	-0,1	0,1
Ausrüstungen	-1,1	-0,7	-0,9	-0,5	-0,8	-0,7	-1,1	-0,8	-0,8	-0,2
Bauten	2,4	6,2	1,8	0,9	6,9	5,7	2,1	1,5	1,0	0,8
Exporte	1,3	0,5	-0,1	-0,1	0,5	0,4	0,0	-0,2	-0,1	0,0
Importe	2,8	-0,2	0,2	0,4	-0,2	-0,3	-0,5	0,9	0,4	0,5
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,8	1,2	0,8	1,8	1,9	1,6	0,8	0,8	0,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Mrd. Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 708,4	1 765,4	1 820,1	1 864,8	863,4	900,7	891,8	928,6	914,4	950,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223,4	225,4	228,7	232,7	109,0	116,4	110,0	118,7	112,1	120,6
Bruttolöhne und -gehälter	926,0	955,7	988,3	1 011,8	453,2	502,4	467,9	520,7	479,4	532,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	559,0	579,7	603,2	620,3	300,4	279,3	313,9	289,2	323,0	297,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	296,5	335,5	347,0	367,0	151,1	185,7	157,8	188,9	162,9	203,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 004,9	2 101,2	2 167,1	2 231,8	1 014,2	1 087,0	1 049,6	1 117,5	1 077,4	1 154,4
Abschreibungen	339,5	345,2	350,7	355,1	173,0	172,2	175,6	175,1	177,9	177,2
Bruttonationaleinkommen	2 344,4	2 446,4	2 517,8	2 586,9	1 187,2	1 259,2	1 225,2	1 292,6	1 255,3	1 331,7
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	1 751,2	1 824,2	1 883,6	1 940,8	875,1	949,1	908,1	975,5	932,3	1 008,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601,9	643,2	666,7	696,3	312,9	330,3	330,2	336,1	340,9	355,1
Arbeitnehmerentgelt	1 149,4	1 181,0	1 216,9	1 244,5	562,2	618,8	577,9	639,4	591,4	653,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	3,3	3,1	2,5	3,6	3,0	3,3	3,1	2,5	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	0,9	1,5	1,8	1,3	0,5	0,9	2,0	1,9	1,7
Bruttolöhne und -gehälter	1,5	3,2	3,4	2,4	3,5	2,9	3,2	3,6	2,5	2,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,6	3,7	4,0	2,8	4,3	3,1	4,5	3,6	2,9	2,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,8	13,1	3,4	5,8	13,9	13,4	4,4	1,7	3,3	7,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	4,8	3,1	3,0	5,0	4,7	3,5	2,8	2,6	3,3
Abschreibungen	1,2	1,7	1,6	1,3	1,9	1,5	1,5	1,7	1,3	1,2
Bruttonationaleinkommen	3,5	4,4	2,9	2,7	4,5	4,2	3,2	2,7	2,5	3,0
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	3,6	4,2	3,3	3,0	4,0	4,3	3,8	2,8	2,7	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,2	6,9	3,7	4,4	5,7	8,0	5,5	1,8	3,2	5,6
Arbeitnehmerentgelt	1,7	2,8	3,0	2,3	3,1	2,5	2,8	3,3	2,3	2,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Mrd. Euro										
Masseneinkommen	984,6	996,1	1 024,8	1 040,4	480,4	515,6	492,9	532,2	500,6	540,2
Nettolohn- und -gehälter	605,4	621,7	642,7	653,9	292,5	329,2	301,5	341,5	306,9	347,3
Monetäre Sozialleistungen	458,8	450,5	454,9	458,2	226,5	224,1	228,0	226,9	229,6	228,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	79,7	76,2	72,8	71,8	38,6	37,6	36,6	36,2	36,0	35,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	559,0	579,7	603,2	620,3	300,4	279,3	313,9	289,2	323,0	297,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-49,9	-58,0	-58,9	-60,5	-28,8	-29,3	-29,3	-29,6	-29,9	-30,6
Verfügbares Einkommen	1 493,7	1 517,8	1 569,0	1 600,1	752,1	765,6	777,6	791,8	793,6	806,8
Nachrichtlich:										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22,2	24,6	26,7	28,6	11,7	12,9	12,8	14,0	13,7	14,9
Konsumausgaben	1 357,5	1 374,4	1 425,9	1 471,5	669,4	705,0	693,1	732,8	713,9	757,6
Sparen	158,4	168,0	169,8	157,2	94,5	73,5	97,2	73,0	93,4	64,2
Sparquote in % ⁷	10,5	10,9	10,6	10,0	12,4	9,4	12,2	9,0	11,6	8,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	0,3	1,2	2,9	1,5	1,1	1,3	2,6	3,2	1,6	1,5
Nettolohn- und -gehälter	0,4	2,7	3,4	1,7	3,0	2,4	3,1	3,7	1,8	1,7
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,8	1,0	0,7	-2,4	-1,2	0,7	1,3	0,7	0,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	-1,5	-4,4	-4,4	-1,4	-5,5	-3,3	-5,1	-3,7	-1,7	-1,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,6	3,7	4,0	2,8	4,3	3,1	4,5	3,6	2,9	2,8
Verfügbares Einkommen	1,9	1,6	3,4	2,0	1,6	1,6	3,4	3,4	2,1	1,9
Konsumausgaben	2,3	1,2	3,7	3,2	1,3	1,2	3,5	3,9	3,0	3,4
Sparen	1,5	6,0	1,1	-7,4	5,3	7,0	2,9	-0,7	-3,9	-12,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ^a										
a) Mrd. Euro										
Einnahmen										
Steuern	530,5	574,9	587,0	602,1	285,5	289,4	290,5	296,5	298,0	304,0
Sozialbeiträge	401,1	400,8	402,4	409,1	194,5	206,3	194,2	208,2	197,6	211,5
Vermögenseinkommen	17,4	17,6	17,4	17,7	10,8	6,8	10,9	6,5	11,1	6,7
Sonstige Transfers	14,3	13,8	13,8	13,8	6,6	7,1	6,7	7,2	6,6	7,2
Vermögenstransfers	9,2	10,5	9,8	9,8	5,1	5,3	4,8	5,0	4,8	5,0
Verkäufe	44,4	46,2	46,1	47,0	21,8	24,4	22,5	23,6	23,3	23,7
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 017,2	1 064,0	1 076,9	1 099,9	524,6	539,5	529,7	547,2	541,6	558,3
Ausgaben										
Vorleistungen	97,8	101,5	105,0	108,0	46,5	55,0	48,3	56,7	49,8	58,2
Arbeitnehmerentgelte	167,7	168,4	171,3	174,2	80,5	87,9	81,7	89,6	82,9	91,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	64,9	67,1	69,9	72,4	33,4	33,8	34,6	35,3	35,9	36,5
Subventionen	26,8	27,0	26,9	27,0	12,8	14,2	13,0	13,9	13,1	13,9
Monetäre Sozialleistungen	428,5	420,0	421,1	423,3	211,3	208,6	211,2	209,8	212,3	211,0
Soziale Sachleistungen	171,5	178,0	181,8	186,0	87,7	90,3	90,3	91,5	92,5	93,5
Sonstige laufende Transfers	35,2	36,3	38,5	39,1	18,0	18,3	19,3	19,2	19,6	19,5
Vermögenstransfers	30,8	30,6	29,1	28,6	15,9	14,7	15,1	14,0	14,5	14,1
Bruttoinvestitionen	32,8	36,3	38,3	39,4	15,8	20,4	17,0	21,3	17,6	21,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,4	-1,4	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	1 054,5	1 063,8	1 080,5	1 096,4	521,4	542,4	529,9	550,6	537,5	559,0
Finanzierungssaldo	-37,3	0,2	-3,6	3,4	3,2	-3,0	-0,2	-3,4	4,1	-0,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	7,6	8,4	2,1	2,6	10,5	6,4	1,7	2,5	2,6	2,5
Sozialbeiträge	1,1	-0,1	0,4	1,7	-0,1	0,0	-0,2	0,9	1,8	1,6
Vermögenseinkommen	23,0	1,0	-1,1	2,1	8,2	-8,6	1,0	-4,4	1,7	2,8
Sonstige Transfers	-21,4	-3,6	0,5	0,1	-2,6	-4,6	0,3	0,7	-0,5	0,6
Vermögenstransfers	-7,1	13,6	-6,1	0,2	8,5	18,9	-6,5	-5,8	0,1	0,3
Verkäufe	0,0	4,1	-0,2	1,9	3,0	5,2	3,1	-3,2	3,5	0,3
Sonstige Subventionen	-12,2	-9,3	-7,7	-5,6	0,0	-15,4	-11,8	-4,5	-6,7	-4,8
Insgesamt	4,1	4,6	1,2	2,1	5,7	3,5	1,0	1,4	2,2	2,0
Ausgaben										
Vorleistungen	0,9	3,8	3,5	2,8	3,8	3,9	3,8	3,1	3,1	2,6
Arbeitnehmerentgelte	-0,4	0,4	1,7	1,7	0,5	0,3	1,5	1,9	1,5	1,9
Vermögenseinkommen	3,7	3,5	4,1	3,5	4,0	3,0	3,7	4,5	3,7	3,3
Subventionen	-1,7	0,9	-0,5	0,3	0,2	1,6	1,1	-2,0	0,6	0,0
Monetäre Sozialleistungen	-0,5	-2,0	0,3	0,5	-2,6	-1,4	0,0	0,6	0,5	0,6
Soziale Sachleistungen	2,3	3,8	2,2	2,3	3,4	4,1	3,0	1,3	2,4	2,2
Sonstige laufende Transfers	-0,5	3,1	6,0	1,5	0,6	5,8	7,2	4,9	1,4	1,7
Vermögenstransfers	-11,5	-0,4	-4,9	-1,7	-5,6	5,9	-4,9	-4,9	-4,0	0,8
Bruttoinvestitionen	6,9	10,6	5,6	2,8	17,9	5,6	7,2	4,4	3,5	2,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	-0,7	-4,9	0,0	-11,4	9,6	-3,2	-6,3	0,0	0,0
Insgesamt	0,2	0,9	1,6	1,5	0,4	1,3	1,6	1,5	1,4	1,5

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.**2** Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.**3** Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.**4** Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.**5** Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.**6** Empfangene abzüglich geleistete Transfers.**7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.**8** Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG,
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.